

Potsdam, 5. Juni 2024

Kernaussagen AfD-Wahlprogramm

Soziales, Bildung, Klima: Der Paritätische LV Brandenburg hat das Programm der AfD Brandenburg einer Analyse unterzogen. Welche Ziele genau verfolgt diese Partei? Gerade für die Wohlfahrt wird schnell klar: Die AfD will die soziale Arbeit in vielen Bereichen einschränken.

Umgang mit der Zivilgesellschaft

Im Wahlprogramm ist die Rede von einer „Wohlfahrtsindustrie“, die Steuern verschwende (S. 17). Die AfD will alle zivilgesellschaftlichen Strukturen und Initiativen zukünftig auf politische Neutralität prüfen. Sie kritisiert das politische Engagement der Wohlfahrtsverbände und will die Finanzierung von Demokratieprojekten einstellen (S. 17).

Sozial-, Familien- und Bildungspolitik

Die AfD lehnt die aktuelle Flüchtlings- und Migrationspolitik ab und will zugewanderte Menschen schneller abschieben (S. 29). Zuwanderung soll nur als gesteuerte Arbeitsmigration möglich sein. Die Möglichkeiten zur Einbürgerung sollen sinken (S. 33).

Die Partei lehnt die Arbeit an einer inklusiven Gesellschaft als unnötig ab, die Inklusion an Schulen soll enden (S. 44). Auch eine auf geschlechtliche Vielfalt ausgerichtete Sexualpädagogik lehnt die Partei ab und bezeichnet sie als Gefährdung des Kindeswohls (S. 42).

Der Fokus der AfD liegt auf der „traditionellen Familie“ (S. 11). Dort soll in den ersten drei Lebensjahren möglichst komplett die Betreuung und Erziehung stattfinden (S. 14). Außerdem soll alternativ zur staatlichen Schule die Beschulung in der Familie erprobt werden (S. 44).

Wirtschafts- und Klimapolitik

Die AfD vertritt die Auffassung, dass der Mensch wenig bis keinen Einfluss auf den Klimawandel hat. Deshalb will die Partei den Braunkohletagebau wieder aufnehmen und die bereits eingeleiteten Maßnahmen zum Klimaschutz zurückfahren (S. 54). Die "Reindustrialisierung" des Landes hat Vorrang vor einer "ökosozialen Transformation" der Wirtschaft (S. 24), die CO₂-Abgabe wird abgeschafft. Die AfD will den Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden und Kommunen stärken, insbesondere die Körperschafts- und Gewerbesteuern senken und lehnt eine globale Mindeststeuer ab (S.16).

Zitate aus dem Wahlprogramm der AfD Brandenburg

„Wir werden den brandenburgischen Verfassungsschutz auflösen.“ (S. 7)

„Ideologisch motivierten Versuchen, die traditionelle Familie zu diskreditieren, stellen wir uns entgegen; insbesondere wollen wir den Kult um Regenbogenfamilien beenden.“ (S. 13)

„Die biologische Geschlechterbindung des Menschen betrachten wir nicht als Last, sondern als Geschenk.“ (S. 14)

„Wir werden zudem sicherstellen, dass nur diejenigen Wohlfahrtsorganisationen, die sich politisch neutral verhalten, Steuergeld erhalten. Jede Finanzierung mit Landesmitteln ist von strikter politischer Neutralität abhängig zu machen. Mit keiner Lobby sind die Altparteien so eng verbunden wie mit der Wohlfahrtsindustrie.“ (S. 17)

„Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab.“ (S. 29)

„Die Versorgung Brandenburgs mit qualifizierten Arbeitskräften muss in erster Linie über die vollständige Erschließung der einheimischen Potenziale erfolgen.“ (S. 29)

„Das Profitgeschäft von NGOs und Wohlfahrtsverbänden ist zu beenden. Sämtlichen Institutionen, Initiativen und Vereinen, welche abgelehnte Asylbewerber dabei unterstützen, sich der Abschiebung oder Ausreisepflicht zu entziehen, muss die öffentliche Förderung entzogen werden.“ (S. 32)

„Eine AfD-geführte Landesregierung wird eine massive Abschiebungsinitiative starten.“ (S. 33)

„Gleichzeitig werden wir die chaotische Inklusionspolitik beenden.“ (S. 42)

„Die Aufnahme von Schülern mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen in Regelklassen soll zukünftig nur noch nach vorheriger Teilnahme in Deutschförderkursen und erfolgreichem Absolvieren eines verbindlichen Spracheignungstests erfolgen dürfen (...) Wir werden zudem eine Deutschpflicht auf dem Schulgelände einführen.“ (S. 44)

„Deshalb werden zukünftig keine Vereine, Institutionen, Veranstaltungen, Demonstrationen, Aktionen im sogenannten Kampf gegen rechts mehr finanziert. Insbesondere die Finanzierung des Aktionsbündnisses Tolerantes Brandenburg ist zu beenden. In unserer Demokratie ist kein Platz für einen Regierungsschutz mit Hilfe der Diskriminierung Andersdenkender.“ (S. 66)